

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 05.06.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU, Ausschussvorsitzender
Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung
Herr Torsten Bau	SKE
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Herr Bertolt Marquardt	SKE
Herr Andreas Riemann	SKE
Herr Thomas Senger	SKE
Frau Dr. Regine Stark	SKE

Vertreter für Herrn Tobias Kogge

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Uwe Weiske	Verwaltung
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE
Herr Martin Gorowska	SKE
Frau Cathleen Stahs	SKE

Vertreter Herr Dr. Bernd Wiegand

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, teilte mit, dass die Niederschrift der Sitzung vom 08.05.2012 erst in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses abgestimmt werden kann. Sie ist deshalb von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Somit stellte er die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde die so geänderte Tagesordnung angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Halle (Saale) auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune
Vorlage: V/2012/10543
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freitischen
Vorlage: V/2012/10615
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen

- 7.1. Bericht des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement zum Energiemanagement städtischer Schulen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Entfallen

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Halle (Saale) auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune Vorlage: V/2012/10543

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die vorliegende Vorlage 4.1. auf.

zu 4.1 Halle (Saale) auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune Vorlage: V/2012/10543

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, erläuterte das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ und machte Ausführungen zu seiner Entstehung. Die Vorlage verfolge das Ziel, sich in einem Erarbeitungsprozess von Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ zu bewerben. Die Stadt Halle wurde als eine von 7 Pilotkommunen aus dem Kreis von 30 – 40 Bewerbern im Dezember 2011 ausgewählt. Für das Projekt wird auf eine Kooperation von UNICEF und Deutschem Kinderhilfswerk zurückgegriffen. Vom angestrebten Siegel verspricht sich die Stadt Halle einen nachhaltigen Schub der Umsetzung des Anspruches kinderfreundlich zu sein und eine bessere Außenwirkung.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte eine Nachfrage zur Höhe der Kostenbelastung.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, verwies auf die in der Vorlage dargestellten Aufwendungen von jährlich 16 T€.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., erklärte ihre volle Übereinstimmung mit dem Grundanliegen der Vorlage und stellte die Frage: Was kommt konkret für die Kinder heraus? Die Erfahrungen hätten ihr gezeigt, dass in der Praxis der Kinderfreundlichkeitsprüfung bei Vorlagen oft nur eine bedingte Kinderfreundlichkeit festgestellt werden konnte.

Sie würde erwarten, dass das angestrebte Siegel für die Verwaltung und den Rat eine konkrete Verpflichtung bedeute, diesem Anspruch künftig stets gerecht zu werden, damit das Siegel nicht nur eine Etikett sei.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, verwies darauf, dass er sich durch den Erarbeitungsprozess eine stärkere aktive Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Entscheidungen im Gemeinwesen erhoffe. Der zu erarbeitende Aktionsplan soll genau diese konkreten Maßnahmen beschreiben und enthalten, die dann verpflichtend umgesetzt werden sollen.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, stellte die Frage, wer das Geld erhalte? Es gäbe bereits sehr viele Angebote und Strukturen wie den Stadtschülerrat und andere Beteiligungsmöglichkeiten. Ferner fragte er, was sich in der Stadt ändern wird, wenn der Stadt das Siegel zugesprochen würde. Für ihn sei der praktische Mehrwert des Siegels aus der Vorlage nicht erkennbar und er verwies auf ähnliche Erfahrungen mit anderen Plaketten.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, antwortete, dass die Summe von 16.000,00 Euro pro Jahr als Sachkosten für Workshops, Öffentlichkeitsarbeit, u.a., dem den Prozess begleitenden Verein zufließen sollen. Ziel des Projektes ist, nach anderen Möglichkeiten als den bisher vorhandenen zu suchen, um Kinder an Entscheidungsprozessen der Kommunen zu beteiligen und um z.B. Gremien, wie den Stadtschülerrat zu mehr Wirksamkeit zu befähigen.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, entgegnete, dass diese Aktivitäten durch kommunale Mitarbeiter auch ohne dieses Projekt entwickelt werden könnten.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstrich, dass es für ihn nicht allein ausschlaggebend sei, nach dem warum des Projektes zu fragen. Für ihn sei wesentlicher, das Siegel als positives Markenzeichen der Stadt Halle in der Außenwirkung zu nutzen. Für ihn sei durchaus wichtig, dass durch die mit dem Projekt verbundene Standortbestimmung sowohl auf bestehende strukturelle Defizite hingewiesen zu werden könne als auch die Ziele und Entwicklungsmöglichkeiten herausgearbeitet werden.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, ergänzte, dass bisher eine lokale Situationsbeschreibung aus Sicht der Kinder fehle. Es fehle z. B. auch eine Anlaufstelle für Beschwerden nach dem Ende des Kinderbüros. Genau hier solle das Projekt ansetzen.

Herr Diaby, SPD-Fraktion, äußerte seine Unterstützung für das Anliegen der Vorlage. Die Kinderfreundlichkeit sei ein wichtiger weicher Standortfaktor für Halle. Er gab aber zu bedenken, ob angesichts der Haushaltssituation das Projekt durchsetzbar sei. Er fragte nach, ob bei der Finanzierung Sponsoren eingebunden werden könnten. ferner bat er um Auskunft zur Einbindung der lokalen UNICEF-Gruppe.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, führte aus, dass die hallesche UNICEF-Gruppe in Vorabsprachen einbezogen war und im Umsetzungsprozess ein wichtiger Kooperationspartner sein wird.

Frau Raab, FDP-Fraktion, verwies auf die kritische Prüfung städtischen Mitgliedschaften in Vereinen. Wenn Halle ausgewählt wurde, da die Stadt schon besonders gut sei, wozu sei dann dieses Projekt erforderlich und weshalb müsse da ein Verein gegründet werden. Nach ihrer Auffassung könnten weitere Maßnahmen auch durch vorhandene Strukturen im Kinder-

und Jugendbereich erarbeitet werden. Sie bezweifle die Notwendigkeit zusätzlicher externer Experten. Das hierfür veranschlagte Geld werde anderen Kinder- und Jugendprojekten entzogen.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, verwies darauf, dass Kinder und Jugendliche in Halle keine ausreichende Lobby haben. Dieses Thema soll breiter verankert werden, es sei ein Thema der gesamten Verwaltung. Halle wurde ausgewählt, nicht weil es gut sei, sondern weil eine gute Basis bestehe, aber noch viel Entwicklungsbedarf gesehen werde. Die durch das Projekt angewandte Prozessmethode sei bewährt.

Herr Marquardt, SKE, unterstütze ebenfalls den Anspruch auf Kinderfreundlichkeit. Er verwies auf Erfahrungen einer vergleichbaren Auditierung an der MLU. Dort seien Ergebnisse ermöglicht worden, die ohne diesen Prozess nicht hätten erzielt werden können. Für ihn bestehe jedoch ebenfalls die Zwickmühle, dass das Geld nicht direkt bei den Kindern, z.B. durch Reparaturen von Spielplätzen, oder die Unterstützung des Peißnitzexpresses ankomme.

Frau Bergner, CDU-Fraktion, bezog sich darauf, dass verwies derzeit in der Verwaltung der Nutzen der Mitgliedschaft in Vereinen hinterfragt werde. Wieso sei nicht früher festgestellt worden, dass es in Halle offenbar an einer kinderfreundlichen Atmosphäre fehle. Für sie sei das Hauptproblem, dass die Aufwendungen in Höhe von 16.000,00 Euro zu hoch seien. Sie halte den Ansatz für nicht konkret genug.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., begrüßte nochmals, dass sich die Stadt Halle auf den Weg zur kinderfreundlichen Kommune machen wolle. Die Perspektive des Projektes müsse eine Selbstbindung von Rat und Verwaltung mit klarer politischer Entscheidungspriorität sein.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, unterstrich, dass man für die Kinderfreundlichkeit immer mehr tun könne. Jedoch seien die finanziellen Mittel begrenzt und Halle sei im Vergleich zu anderen Städten gut aufgestellt. Die Vorlage verweise darauf, dass das Projekt die Chance biete, sich im Bereich der Kinderfreundlichkeit an internationalen Standards zu orientieren. Es sei nicht ausgeführt, welche das seien. Er halte die Finanzierung eines Vereins nicht zielführend.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf, dass Wirtschaftsunternehmen den Sinn und wirtschaftlichen Nutzen solcher Siegel bereits erkannt haben. Für ihn bestehe das spezifische Ziel in einer nachhaltigen Verbesserung vorhandener Strukturen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sah es als wichtigen Auftrag eines neuen Oberbürgermeisters, die Kinderfreundlichkeit im Verwaltungshandeln als „Chefsache“ zu betrachten. Sie habe die Befürchtung, dass dieses Projekt ein „Papiertiger“ bleibe.

Herr Riemann, SKE, äußerte den Wunsch nach einer Bestandsaufnahme von Angeboten für Kinder und Jugendliche und deren Nutzen. Was nicht gebraucht werde, könnte eingespart werden.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, unterstütze ebenfalls das Ziel der Kinderfreundlichkeit. Es solle jedoch kein Geld für Projekte bezahlt werden, deren praktischer Nutzen nicht nachgewiesen werden könne. Halle leistet auch ohne dieses Siegel für Kinder und Jugendliche viel. Er lehne den geplanten Vereinsbeitritt ab.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass für ihn in dieser Stadt ein fehlender Wille bestehe, sich an die Selbstverpflichtung zur Kinderfreundlichkeit zu

halten. Für ihn seien nur zwei bis drei der neun Bausteine erfüllt, an denen die Vorlage die Kinderfreundlichkeit festmache..

Frau Dr. Stark, SKE, bekannte sich gleichfalls zur Kinderfreundlichkeit und verwies darauf, dass die Auditierung in Unternehmen ebenfalls Geld koste und in Abständen zu wiederholen sei. Dies helfe regelmäßig den erreichten Stand zu überprüfen. Der Mechanismus dieser Evaluierung sei für sie nicht erkennbar in der Vorlage.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, ergänzte, dass nach dieser Vorlage eine Evaluierung nach zwei bzw. vier Jahren vorgesehen sei.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, verwies darauf, dass für dieses Projekt insgesamt 64.000,00 Euro über einen Zeitraum von 4 Jahren erforderlich seien. Dieses Geld werde anderen Projekten der Jugendarbeit entzogen. Da es sich hier um freiwillige Leistungen handele, entstehe für ihn das Problem, was in Phasen der vorläufigen Haushaltsführung passiere.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter, verwies darauf, dass es sich hierbei um eine Vorlage der gesamten Verwaltung handele, die dazu dienen soll, strukturelle Lücken im System aufzudecken.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte das Ende der Diskussion fest und rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: **3 x Ja-Stimmen**
 3 x Nein-Stimmen
 3 x Enthaltung

mit Pat abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat unterstützt die Absichtserklärung der Stadtverwaltung, dass die Stadt Halle (Saale) sich beim Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ als Pilotkommune beteiligen und um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ bewerben wird.
2. Die Stadtverwaltung trifft im Rahmen der bisher bekannten Rahmenbedingungen des Projektes „**Kinderfreundliche Kommune**“ alle notwendigen Vorbereitungen, um die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) als Pilotkommune zu ermöglichen.
3. Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept bzw. einen Aktionsplan zur Umsetzung des Projektes in der Stadt Halle (Saale) und bindet die Federführung koordinierend beim Kinder- und Jugendbeauftragten an.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

zu 5.1 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freitischen** **Vorlage: V/2012/10615**

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erläuterte den vorliegenden Antrag in der geänderten Fassung vom 05.06.2012. Seine Fraktion habe die Argumente der Verwaltung in ihrer Stellungnahme aufgegriffen und in die neue Fassung des Antrages aufgenommen. Er bat um Zustimmung.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, führte aus, dass Freitische bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen eingerichtet werden. In der Schulleitertagung am 11.06.2012 soll dieses Thema besprochen und die Schulleiter sensibilisiert werden. Der geänderte Antrag sei für die Verwaltung annehmbar.

Herr Senger, SKE, erklärte, dass in einem Antrag der IGS auf einen Freitisch die Verwaltung nur tätig geworden sei, weil er sich persönlich engagiert habe. Ein halbes Jahr habe die Verwaltung keine Reaktion gezeigt. Nach seiner Auffassung müsse es ausreichen, wenn ein Schulleiter auf einen Problemfall aufmerksam mache. Er erwarte, dass dann sofort reagiert werde.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, wies den Vorwurf der Untätigkeit zurück.

Herr Marquardt, SKE, verwies auf Antworten der Verwaltung aus dem Jahr 2010, dass viele Kinder nicht am Mittagessen teilnehmen. Insofern gebe es ein reales Anliegen, dass diesem Antrag zu Grunde liegt. Punkt 1 und 2 sollen unstrittig sein. Es sollte vermieden werden, dass ellenlange Anträge gestellt werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, in dem erwähnten Einzelfall eine komplette Darstellung des Ablaufes zu geben. Eine Bearbeitung über ein halbes Jahr sei zu lang. Das Thema Freitische habe für ihn keinen Bezug zu Leistungen auf Bildung und Teilhabe. Freitische sind eine Notfallregelung. Er erwarte ebenfalls eine sofortige Reaktion bei Bekanntwerden eines solchen Falles durch die Schulleitung.

Herr Senger, SKE, verwies darauf, dass, wenn ein Pädagoge in der Schule sagt, hier muss geholfen werden, dann muss geholfen werden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter, bekräftigte, dass die Verwaltung bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen rechtskonform handle. Er halte Ausführungsbestimmungen nicht für erforderlich. Dem Antrag in der geänderten Fassung werde durch die Verwaltung zugestimmt. Er bat darum, den Einzelfall im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Senger, SKE, argumentierte, dass am Beispiel des Einzelfalles für ihn deutlich geworden sei, dass die Verwaltungspraxis nicht funktioniere und eher dazu diene, den Rechtsanspruch auf Freitisch zu verweigern. Im konkreten Falle seien für das Kind durch die Verzögerung einer Entscheidung zusätzliche Probleme entstanden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter, bestätigte, dass die Kritik angekommen sei.

Frau Raab, FDP-Fraktion, bat, die Verwaltungsvorschriften anderer Kreise, wie z.B. aus dem Salzlandkreis, auszuwerten. Für sie bestehe sehr wohl eine Schnittmenge zum Thema Bildung und Teilhabe. Sie fragte, wie viele Anträge auf Freitisch die Verwaltung seit Einführung dieser Leistung erhalten habe.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass seit Januar 2011 dem Amt ein Fall vorlag.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte ob eine Gegenrede gewünscht sei und stellte danach diesen Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat daraufhin um Abstimmung des Antrages in der geänderten Fassung vom 05.06.2012.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

8 Ja
1 Enthaltung

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit an den kommunalen Schulen der Stadt Halle sog. Freitische gem. § 72 a SchulG LSA eingerichtet und genutzt werden können,
2. sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit über die Möglichkeit einer Nutzung von Freitischen gem. § 72 a SchulG LSA informiert wird, **ein öffentliches Wissen zur Möglichkeit des Freitischens hergestellt wird. Hierzu gehört gleichermaßen die Sensibilisierung der LehrerInnen und Schulleitungen für die Sicherstellung einer warmen Mittagsmalzeit als auch das Bereitstellen von Informationen für potentiell betroffene Eltern.**
3. ~~eine Verwaltungsrichtlinie zu erarbeiten,~~ **gemeinsam mit den Schulleitungen den Bedarf abzuschätzen und Regeln zur Umsetzung zu definieren**, die einen einheitlichen Umgang mit der Prüfung von Anträgen auf Zurverfügungstellung eines Freitisches ermöglichen. ~~insbesondere wann ein „besonderer Fall“ im Sinne des § 72 a S. 3 SchulG LSA vorliegt.~~

Zur besseren Lesbarkeit wird der Beschlusstext ohne Kennzeichnung der Änderungen nochmals aufgeführt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

4. alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit an den kommunalen Schulen der Stadt Halle sog. Freitische gem. § 72 a SchulG LSA eingerichtet und genutzt werden können,
5. sicherzustellen, dass ein öffentliches Wissen zur Möglichkeit des Freitischens hergestellt wird. Hierzu gehört gleichermaßen die Sensibilisierung der LehrerInnen und Schulleitungen für die Sicherstellung einer warmen Mittagsmalzeit als auch das Bereitstellen von Informationen für potentiell betroffene Eltern.
6. gemeinsam mit den Schulleitungen den Bedarf abzuschätzen und Regeln zur Umsetzung zu definieren, die einen einheitlichen Umgang mit der Prüfung von Anträgen auf Zurverfügungstellung eines Freitisches ermöglichen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement zum Energiemanagement städtischer Schulen

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrale Gebäudemanagement, erläuterte die Entwicklung der Verbräuche und Kosten in den Schulen. Rückläufige Verbräuche führen leider durch steigende Preise nicht zu einer Kostensenkung. Detaillierte Aussagen sind der in der Anlage beigefügten Präsentation zu entnehmen

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entsprach der Bitte von **Herrn Bielecke,** die Ausführungen an dieser Stelle zu beenden. Dieser Bericht wird erneut auf die Tagesordnung des Bildungsausschusses am 03.07.2012 gesetzt, dann besteht auch die Möglichkeit zu Nachfragen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die Verwaltung um weitere Mitteilungen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwies über die ausgeteilte Übersicht zu den Schülerzahlen weiterführender Schulen. Diese Übersicht enthält den aktuellen Stand beim Wechsel auf das Gymnasium, die Gesamtschulen und die Sekundarschulen zum neuen Schuljahr in die Klasse 5 sowie eine Darstellung des Verbleibs der in den Auswahlverfahren nicht berücksichtigten Schüler. Er informierte über den

ebenfalls bereitgelegten Ausnahmeantrag beim Landesschulamt. Dieser sei inzwischen bestätigt. Dem Protokoll wird eine Kopie der Bestätigung in Anlage 2 beigelegt.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, ergänzte, dass als Tischvorlage die Steckbriefe für Sekundarschulen und ein Muster zur Erfassung der Schulturnhallen bereit gelegt wurde. Damit wird das Arbeitsmaterial der Informationsvorlage zur integrierten Schul- und Hortentwicklungsplanung ergänzt. Alle Dokumente sind im Session unter dem heutigen Datum eingestellt. Ferner informierte sie über die Beratung der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung am 16.05.2012, zu der leider kein Fraktionsvertreter anwesend war. Auf der nächsten Beratung am 17.07.2012 werden die zwei Anträge zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung besprochen. Das Protokoll der Arbeitsgruppe liegt den Mitgliedern (Fraktionen) vor.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, berichtete, dass für die Grundschule Diemitz/Freiimfelde das Protokoll der Untersuchungen zum Schimmelpilzbefall in der 1. Etage vorliege und keine gesundheitlichen Belastungen ergeben habe. Das Protokoll wurde der Schulleitung übergeben. Am 04.06.2012 hat das ZGM die Reparaturarbeiten zur Schimmelbekämpfung begonnen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stand der Bereitstellung von Alternativen für die von der Schulgartenschließung betroffenen Schulen.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass für alle Schulen Ausweichstandorte entsprechend der den Fraktionen zur Stadtratssitzung April übergebenen Mitteilung gefunden wurden. Die praktische Inbetriebnahme, spätestens zum März 2013, wird derzeit vorbereitet.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragt nach, ob alle Schulen darüber informiert seien.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass es mit allen Schulleiterinnen konkrete Gespräche gab und sie die Standorte kennen. .

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigt sich nach dem weiteren Umgang mit dem Schreiben vom Landesverwaltungsamt zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Schließung der Jägerplatzschule. Bis zum 10.07.2012 sei die Verwaltung zur Stellungnahme aufgefordert.

Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten, teilte mit, dass für den Stadtrat Juni eine Information zum weiteren Vorgehen vorbereitet werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragt nach, ob die Außenanlagen der Schulen im Rahmen der EFRE-Förderung bereits Bestandteil des Festpreises im Rahmen der Vergabe seien.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass die Sollbaubeschreibung abgeschlossen sei. Die Außenanlagen der Schulen sind berücksichtigt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob es Probleme bei der Durchführung des bilingualen Unterrichtes am Herder-Gymnasium gebe.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass nach seiner Kenntnis die Schulleitung an diesem bilingualen Unterricht festhalten möchte, ihm seien keine Einschränkungen bekannt. Dies betreffe nicht die Zuständigkeit des Schulträgers. Er sagte zu, eine schriftliche Antwort des Schulleiters anzufordern und dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, zu der Information über die Schüler an weiterführenden Schulen: die Zahl der Wünsche der Eltern mit einer Schullaufbahnerklärung für das Gymnasium sei höher als die derzeit dem Gymnasium zugeordneten Schüler: Warum ? Welche Auswirkungen hat das Auswahlverfahren auf die für die Schulen festgelegten Kapazitätsgrenzen in der Zukunft.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass das Südstadt und Wolff Gymnasium auch im nächsten Jahr eine fünfte 5. Klasse aufnehmen könnte. Die Gymnasien Herder und Giebichenstein haben keine zusätzliche Raumkapazität. Gegebenenfalls ist in der Schulentwicklungsplanung für 2013/14 eine Festlegung zu treffen.

Herr Marquardt, SKE, fragte nach der Sicherung der Barrierefreiheit im Rahmen der Sanierung der IGS.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass im Haus 2 ein Obergeschoss nicht vollständig erschlossen werden könne, die restlichen Räume werden barrierefrei hergerichtet. Dazu erfolgte die schulfachliche Abstimmung.

Herr Hänsel, SKE, bezog sich in seiner Frage auf die Antwort der Verwaltung zu einer Alternative für den Schulgartenunterricht an der Grundschule Dürer. Dass noch keine Alternative angeboten werden könne, sei nicht befriedigend. Auch diese Schule habe einen Anspruch.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, entgegnete, dass es für die Gestaltung des Sachkundeunterrichtes verschiedene mögliche Umsetzungskonzepte an den Grundschulen gäbe. Die Strategie der Schulleitung sei noch nicht vollständig abgestimmt und eine weitere Verständigung ist erforderlich

Herr Hänsel, SKE, fragte ebenfalls nach der Antwort der Verwaltung zu den Qualitätsstandards in den Horten. Er bat darzustellen, welchen Stand die Einhaltung dieser Qualitätsstandards habe und wie dies überprüft werde.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sagte zu, diese Frage an das Amt für Kinder, Jugend und Familien weiter zu leiten.

zu 9 Anregungen

Herr Senger SKE, fragte nach der Möglichkeit, sich im Ausschuss nochmals mit den Schulwegkarten zu befassen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, verwies auf den Bildungsausschuss am 03.07.2012. Dort könne dieses Thema im Rahmen der Mitteilungen zur Schulwegsicherheit aufgerufen werden.

Herr Senger SKE, bat um Bereitstellung eines Laptops mit Netzzugang, da er etwas visualisieren wolle.

Für die Richtigkeit:

Datum: 16.07.12

Dr. Radig
Protokollführerin

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Anlagen

Anlage 1
Energiebericht 2011

Anlage 2
Bildung von Anfangsklassen